

Von der Hand in den Mund

Bundeshaushalt 2024: planlos voran

Trotz Haushaltsurteils des Bundesverfassungsgerichts und Sparzwängen: Die Ampel ist bei den Ausgaben weiter auf Expansionskurs und eine Umkehr ist nicht erkennbar. Es drohen neue Belastungen für Bürger und Unternehmen.

Die Streit- und Streichliste für den Etat 2024 war schon beim Regierungsentwurf im Sommer 2023 lang. Wir erinnern uns an das Elterngeld oder die Kürzung von Zuschüssen an die Sozialversicherungen. Der Haushaltsentwurf sah Ausgaben von 446 Mrd. Euro vor. Nach dem Schuldenstopp-Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Herbst 2023 wurden jedoch Korrekturen erforderlich, um den Etat verfassungskonform verabschieden zu können. Die Ampel präsentierte daraufhin vor allem Steuererhöhungen – ob für Inlandsflüge, Bauern oder eine deutliche Anhebung der CO₂-Bepreisung.

Ausgaben wachsen und wachsen

Bei den Ausgaben ist jedoch keine Kehrtwende gelungen. Die Schuldenbremse wird 2024 nur unter Vorbehalt eingehalten und alle noch verfügbaren Finanzreserven werden dieses Jahr aufgebraucht. Damit zeichnet sich ab, dass ab 2025 deutlich härtere Etateinschnitte nötig werden, um wieder zu einer soliden Haushaltspolitik zurückzukehren. Fakt ist, dass der Etat 2024 in keinerlei Hinsicht als Sparhaushalt bezeichnet werden kann – im Gegenteil: es wurde ein Bläh-Etat verabschiedet, der im Laufe der Haushaltsberatungen nochmal um 31 Mrd. gegenüber dem Entwurf auf letztlich 477 Mrd. Euro angewachsen ist. Die Ausgaben 2024 liegen um fast 40 Prozent bzw. 134 Mrd. Euro über dem Vorkrisenniveau 2019. Selbst die Rekordsteuereinnahmen können da nicht mithalten, sie können im selben Zeitraum lediglich um 15 Prozent zulegen. Und schließlich liegen die diesjährigen Ausgaben auch über dem Niveau der Krisenjahre 2020 und 2023, in denen bekanntlich die Schuldenbremse im Notlagenmodus betrieben wurde.

Eigenkonsum auf Rekordhöhe

Besonders kritisiert der BdSt den enorm hohen Eigenkonsum der Ampel. Denn um die eigene XXL-Bürokratie am Laufen zu

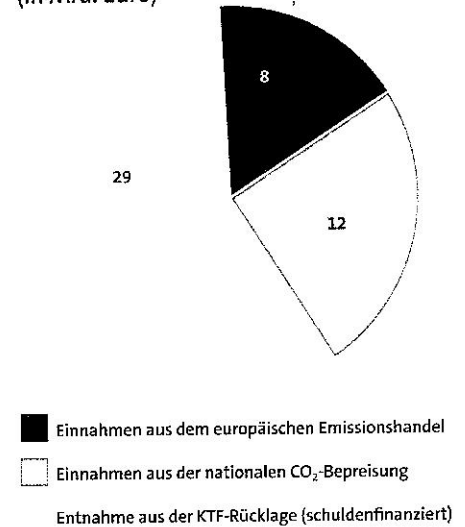
halten, benötigt die Regierung immer mehr Steuergeld. Die Kosten für das Bundespersonal und die damit verbundenen Verwaltungsausgaben brechen alle Rekorde. Knapp 70 Mrd. Euro sind für dieses Jahr veranschlagt – 6 Mrd. mehr als 2023! An diesen Kostenblock geht die Ampel aber nicht ran, obwohl zugleich Konzerne und Mittelständler unter hohem Kostendruck stehen und derzeit reihenweise Entlassungen ankündigen müssen.

Anders bei den zahlreichen Klimasubventionen. Hier musste die Ampel aufgrund des Verfassungsgerichtsurteils etwas priorisieren, denn die Richter entzogen dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) Kreditermächtigungen in Höhe von 60 Mrd. Euro, die nun nicht mehr für Finanzhilfen genutzt werden können. Trotz Korrekturen bleibt die Welle neuer Subventionen unter der Ampel-Regie gewaltig – vor allem bewerkstelligt über den KTF, der dieses Jahr 49 Mrd. Euro bereitstellt, um u. a. internationale Chip-Konzerne anzulocken, die energetische Gebäudesanierung zu forcieren oder Strompreissubventionen für Industrieunternehmen zu gewähren.

Neue Belastungswelle droht

Doch diese Subventionspolitik ist so geldintensiv, dass der KTF dieses Jahr seine gesamte noch verfügbare Rücklage von rund 29 Mrd. Euro aufbrauchen soll. Damit soll er rund 60 Prozent seiner diesjährigen Programmausgaben finanzieren – die übrigen Ausgaben werden von Einnahmen aus dem europäischen und nationalen Emissionshandel getragen. Ist die Rücklage Ende

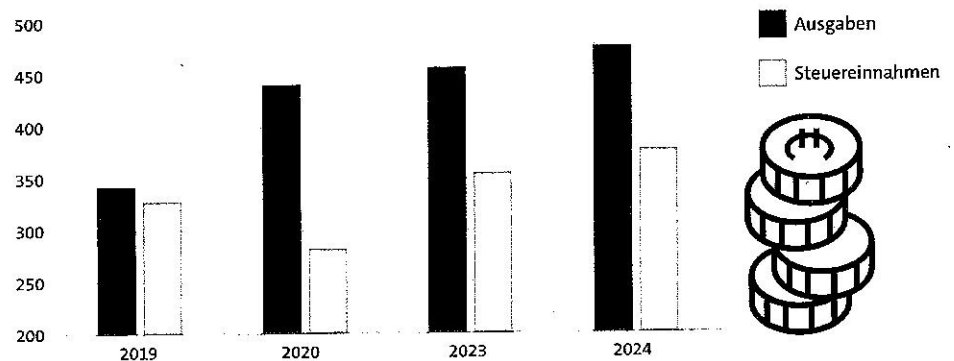
Einnahmenstruktur des Klima- und Transformationsfonds im Jahr 2024 (in Mrd. Euro)



2024 jedoch aufgebraucht, fehlen der Ampel ab 2025 viele Milliarden Euro, um ihre Subventionsversprechen halten zu können. Deshalb droht die Gefahr, dass die CO₂-Preise ab 2025 drastisch angehoben werden, um die Einnahmenlücke zu schließen. Heizen und Tanken würden sich dann nochmals erheblich verteuern.

Fazit: Die Ampel-Koalition spart derzeit nicht wirklich, sondern lebt von der Hand in den Mund und wirkt überfordert. Ein ernsthafter Sparwillen ist derzeit nicht erkennbar – eher werden Bürger und Betriebe noch stärker belastet, um die viel zu hohen Ausgabenwünsche weiter finanzieren zu können. Derzeit endet der Planungshorizont der Koalition Ende 2024. Eine verlässliche Haushaltspolitik, die Planungssicherheit und Verlässlichkeit bietet, sieht anders aus! *Sebastian Panknin, s.panknin@steuerzahler.de*

Die Ampel-Koalition bekommt das Ausgabenwachstum nicht in den Griff (in Mrd. Euro)



Quelle: Bundesfinanzministerium (Ausgaben/Steuereinnahmen des Bundeshaushalts), eigene Darstellung

Quelle: Deutscher Bundestag, eigene Darstellung.